

„Ich bin Karnevalist, kein Polizist“

Bornheimer Gastronom Jin Jian Shu wehrt sich nach Medienbericht gegen den Verdacht, für die chinesische Polizei zu arbeiten

VON HANS-PETER FUSS

BORNHEIM. Jin Jian Shu lebt seit 1990 mit seiner Frau Zhang Xiao Lan in Deutschland. Er ist deutscher Staatsbürger. In Bornheim-Hersel führt er das Restaurant „Kaiser Garden“. Der 54-Jährige fühlte sich schnell heimisch im jecken Rheinland. Sein Sohn Jin Hao Shu war Kinderprinz der Großen Dransdorfer Karnevalsgesellschaft, seine Tochter Kinderprinzessin in Bornheim-Waldorf. Im Juni 2012 gehörte Jin Jian Shu mit dem Dransdorfer Werner Knauf zu den Gründern der Kultur- und Karnevalsgesellschaft „Bönnsche Chinese“, deren Präsident er heute noch ist. Auch dem Großen Rat der Dransdorfer Karnevalisten gehört er an. Der Stadt Bornheim spendete Shu während der Corona-Pandemie 10 000 Mund-Nasen-Masken, die Kinderkrebshilfe und die Bornheimer Europaschule unterstützte er finanziell. Ein Mann also, der sich für die Verständigung unterschiedlicher Kulturen einsetzt und in seiner neuen Heimat heimisch geworden ist.

Nach einem Bericht der „Süd-deutschen Zeitung“ (SZ) vom Donnerstag ist Shu aber nicht nur als Restaurantinhaber und Karnevalist tätig, sondern soll auch Betreiber

„Für ihn lege ich meine Hand ins Feuer. Er hilft, wo er kann, auch deutschen Mitbürgern hat er schon geholfen“

Werner Knauf
Vorsitzender des Vereins
„Bönnsche Chinese“

einer der Service-Stationen des chinesischen Staates in Deutschland sein. Über diese Stationen werde chinesischen Landsleuten nicht nur bei Problemen geholfen, sie würden auch ausspioniert. Shus Station verfüge über Dokumentenscanner sowie über Geräte und Software für elektronische Unterschriften und Gesichtserkennung.

Jin Jian Shu sitzt in seinem Restaurant „Kaiser Garden“, dessen Wände mit deutschen und chinesischen Fähnchen und mit dem Wappen der „Bönnsche Chinese“ dekoriert sind, und lacht: „Ich soll ein chinesischer Polizist sein? Ich bin ein Karnevalist.“ Dann wird er ernst: Ihn mit der Bespitzelung von Chinesen in Verbindung zu bringen, sei „Verleumdung und Rufschädigung“. Und weiter: „Mit der Polizei habe ich nichts zu tun.“ Auch aus der Politik halte er sich raus. Er arbeite seit mehr als 30 Jahren sehr fleißig in Deutschland, liebe die deutsche Kultur und den Karneval. „Ich habe schon 10 000 deutsche Frauen jebützt“, scherzt er, aber er liebe nur seine eigene Frau.



Der Bornheimer Gastronom Jin Jian Shu versichert, dass er chinesischen Mitbürgern bei Problemen nur hilft. Ihn mit der Geheimpolizei in Verbindung zu bringen, sei rufschädigend.

FOTO: BENJAMIN WESTHOFF

Richtig sei, dass er in seinem Haus in Bornheim-Dersdorf eine solche Service-Station als Teil des „Bundesvereins der Chinesen aus Zhejiang in Deutschland e.V.“ ehrenamtlich anbiete. Dies sei auch kein Geheimnis. Zweck dieser Anlaufstelle sei es, Chinesen, die der deutschen Sprache nicht oder kaum mächtig seien, bei Behördengängen oder amtlichem Schriftwechsel zu helfen.

Gerade während der Corona-Pandemie hätten ihn sehr viele Chinesen, die die Verhaltensregeln nicht verstanden hätten, um Hilfe gebe-

ten. Es sei auch darum gegangen, beispielsweise Beerdigungen und Erbschaftsangelegenheiten von Deutschland aus zu regeln. Denn bekanntlich seien viele Chinesen am Coronavirus gestorben, die in Deutschland lebenden Verwandten hätten aber nicht in ihr Heimatland einreisen dürfen.

Werner Knauf, der Vorsitzende der „Bönnsche Chinese“, hält den Verdacht, Jin Jian Shu spioniere chinesische Mitbürger aus und liefere der chinesischen Regierung Informationen, für absurd: „Für ihn lege ich

meine Hand ins Feuer. Er hilft, wo er kann, auch deutschen Mitbürgern hat er schon geholfen.“

Laut „SZ“ hat die Menschenrechtsorganisation Safeguard Defenders weltweit 54 solcher Service- oder Polizeistationen identifiziert, darunter auch einige in Deutschland, meist in chinesischen Restaurants. Auch der Verfassungsschutz hat diese Einrichtungen im Auge.

Dem Bundesinnenministerium sind diese Einrichtungen bekannt. Auf eine Anfrage des General-Anzeigers antwortete eine Sprecherin: „Die Bundessicherheitsbehörden haben die Existenz derartiger Einrichtungen seit geraumer Zeit im Blick und gehen allen Hinweisen nach. Dies gilt auch für die Frage, in welchem Umfang, in welcher Struktur und mit welchen Schwerpunkten sie in Deutschland aktiv sind.“ Es finde dazu ein enger Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder statt. Zu weiteren Einzelheiten könne in der Öffentlichkeit keine Stellung genommen werden.

Weiter teilt die Sprecherin mit, „dass die Vornahme hoheitlicher Tätigkeiten, denen die Bundesrepublik Deutschland nicht zugestimmt hat, gegen den völkerrechtlichen Grundsatz der Gebietshoheit verstößt und eine völkerrechtswidrige Verletzung der inneren Souveränität der Bundesrepublik Deutschland darstellt“. Die Bundesrepublik Deutschland habe mit der Volksrepublik China kein bilaterales Abkommen über den Betrieb derartiger „Übersee-Polizeistationen“ geschlossen. Entsprechend verfügten chinesische Stellen auch über keinerlei Exekutivbefugnisse auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bundesregierung toleriere solche Tätigkeiten nicht und stelle sicher, dass sich die chinesischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Deutschland im Rahmen des Wiener Übereinkommens bewegten. Die Bundesregierung stehe mit der Chinesischen Botschaft hierzu im Austausch.

Die „SZ“ zitiert weiter aus einem Bericht der deutschsprachigen „Chinesischen Handelszeitung“ aus dem Jahr 2021, nach dem die Bundesrepublik in fünf Bezirke der „Übersee-Polizei“ eingeteilt sei mit Sitzen in Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg, Berlin und bei München.

Die Chinesische Botschaft in Berlin bestreitet laut „SZ“ die Existenz von „Polizeistationen“. Die freiwilligen Helfer seien „engagierte Überseechinesen“. China respektiere die Souveränität und Gerichtsbarkeit aller Länder. Der deutsche Verfassungsschutz glaubt laut „SZ“ hingegen, dass in Deutschland lebende Chinesen gezielt angeworben würden, um Landsleute auszuspionieren. Das könne in Unternehmen geschehen oder an Universitäten.

„BÖNNSCHE CHINESE“

Verein will Kultur und Freundschaft pflegen

Am 12. Juni 2012 wurde die bisher in Deutschland einzigartige Kultur- und Karnevals-Gesellschaft Bönnsche Chinese e.V. unter der Schirmherrschaft des damaligen Bonner Oberbürgermeisters Jürgen Nimptsch im China-Restaurant „Kaiser Garden“ in Bornheim-Hersel gegründet. Der

Verein hat sich neben der Pflege und Erhaltung des rheinischen Karnevalsbrauchtums auch der Pflege und Förderung der deutsch-chinesischen Freundschaft insbesondere durch das gemeinsame Begehen der traditionellen chinesischen Kulturfeste verschrieben. Die Geschäftsstelle des gut 300 Mitglieder starken gemeinnützigen Vereins befindet sich in Bonn-Dransdorf. hpf